



Unsere Kreistagsfraktion DIE LINKE/Die PARTEI der VI. Wahlperiode: Felix Thier, Maritta Böttcher, Peter Dunkel, Prof. Dr. Rüdiger Prasse, Monika Nestler, Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE), Dr. Irene Pacholik, Anke Scholz, Judith Kruppa und Roland Scharp (v. l. n. r.). Auf dem Foto fehlt Heike Kühne.

LINKSFRAKTION IN AKTION: LINKE IM LANDTAG UNTERSTÜTZT BERECHTIGTE FORDERUNGEN EINER FAMILIE AUS RANGSDORF

Ein besonders praktisches Thema der Parlamentsarbeit in der jüngeren Vergangenheit war der Fall einer Familie aus Rangsdorf, der aufgrund eines gerichtlichen Fehlers der Verlust des eigenen Hauses droht. Zum Hintergrund: ein Amtsgericht im Land Brandenburg hatte vor einer Zwangsversteigerung den möglichen Erben wohl nicht benachrichtigt. In der Folge hat der Erbe die Zwangsversteigerung an die betroffene Familie erfolgreich angefochten, allerdings nachdem das Grundstück beräumt und mit viel Eigenleistung und Kreditverpflichtungen ein Haus gebaut wurde. Der Familie droht nach Gerichtsentscheidungen nun der Verlust des Grundstücks, des selbst gebauten Hauses und zusätzlich droht nun

auch noch die Zahlung von Schadenersatz an den vermeintlichen Erben für die Nutzung des Grundstücks in den vergangenen zwölf Jahren. Gleichzeitig hatte das Oberlandesgericht einen großen Teil der Schadenersatzforderung der Familie nicht anerkannt und mit unterschiedlichen Begründungen zurückgewiesen. Jetzt droht ein langer Amts- bzw. Staatshaftungsanspruch gegen das Land Brandenburg, um das Land wegen des fehlerhaften Zwangsvollstreckungsverfahrens haftbar zu machen. Die justizpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Brandenburger Landtag, Marlen Block, hatte deshalb das Thema auf die Tagesordnung des Rechtsausschusses gesetzt und die Landesregierung

aufgefordert, die Schadenersatzforderungen der betroffenen Familie unkompliziert anzuerkennen und zu begleichen.

Marlen Block erklärte dazu im Rechtsausschuss: »Der Rechtsstaat darf es hier nicht auf einen langwierigen Staatshaftungsprozess ankommen lassen. Wenn Recht und Gerechtigkeit in einem seltenen Einzelfall wie diesem offensichtlich auseinanderfallen und Ursache dafür der Rechtsstaat selbst ist, dann muss das Land auch dafür geradestehen. Sich auf formaljuristische Begründungen zurückziehen und die Menschen mit diesem Vertrauensverlust allein lassen, genügt nicht. Hier muss das Land unkompliziert helfen!«

In der Beratung hatten sowohl der

Präsident des Oberlandesgerichts als auch die Justizministerin erklärt, dass die Schadenersatzforderungen nunmehr unkompliziert geprüft werden und der wahrscheinlich entstehende Schaden schnell und unkompliziert ersetzt werden soll. Die Umsetzung dieser Ankündigungen werden wir prüfen und bleiben an diesem Fall dran!

Mehr Informationen gibt es auch in den Medien, zum Beispiel beim RBB:

<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2022/08/brandenburg-oberlandesgericht-grundstueck-rangsdorf-eigentuemerstreit.html>

Marlen Block, Mitglied des Landtages, Fraktion DIE LINKE

INTERVIEW MIT ANTJE BAUROTH, BEHINDERTEN- UND SENIORENBEAUFTRAGTE DES LANDKREISES



Antje Bauroth ist die Behinderten- und Seniorenbeauftragte des Landkreises Teltow-Fläming. Wir sprachen mit ihr über ihr Themenfeld, Aufgaben und wie der politische Raum noch stärker eingebunden werden kann.

Frau Bauroth, bitte eine kurze persönliche Vorstellung. Und was ist Ihr Aufgabenfeld?

Das Land Brandenburg hat in § 19 seiner Kommunalverfassung und der Landkreis Teltow-Fläming in § 13 seiner Hauptsatzung festgelegt, u. a. die Bevölkerungsgruppe der Senioren*innen stärker in die politischen Entscheidungen mit einzubeziehen. Dazu benennt der Kreistag eine beauftragte Person zur Integration von Menschen mit Behinderungen und zur Vertretung der Interessen der Senioren*innen. Im Jahr 2018 wurde ich dazu benannt. Davor habe ich bereits neun Jahre Erfahrung als Psychiatriekoordinatorin im Gesundheitsamt sammeln können. Somit sind mir die verschiedenen Anliegen der Personengruppen *Menschen mit Beeinträchtigungen* und *ältere Menschen* bekannt. Ich bin Diplom-Sozialpädagogin und habe mich bereits im Studium mit Themen wie z. B. »Was bewegt ältere Menschen?«, »Wie kann der Übergang vom Arbeitsleben ins Rentenleben gut gelingen?« befasst. Neben dem Studium betreute ich einen an Demenz erkrankten älteren Herren. Diese Aufgabe hat mich Geduld und Nachsicht für meine Mitmenschen und mich gelehrt. Im Bereich Unterstützung für Menschen mit Beeinträchtigungen konnte ich in einer Wohngruppe für Erwachsene mit kognitiven Beeinträchtigungen Erfahrungen als Betreuerin sammeln.

Dort habe ich sechs Jahre gearbeitet.

All diese Erlebnisse und Begegnungen mit ganz unterschiedlichen Schicksalen und für die Rechte derer einzustehen, die manchmal keine Kraft mehr haben, hat mich bewogen, im sozialen Bereich zu arbeiten und den Landkreis gemeinsam mit anderen Kooperationspartnern weiter lebenswert zu gestalten.

Und es gibt viel zu tun. Die Themen, an denen kontinuierlich gearbeitet werden muss, sind keine neuen.

Nennen Sie uns bitte einige Beispiele bzw. Schwerpunkte. Wo muss die Politik ran?

Themen bezahlbarer Wohnraum und Barrierefreiheit:

Eine große Herausforderung ist bezahlbarer Wohnraum, Verbleiben im gewohnten Umfeld und barrierefreies Wohnen. Hier braucht es neue Lösungen und Anreize der Politik.

Durch verschiedene Förderprogramme konnten einige neue Kooperationspartner gefunden werden, u. a. die Fachstelle für Altern und Pflege im Quartier, das Kompetenzzentrum und das Netzwerk Demenz TF und die Koordinierungsstelle Barrierefreiheit. Diese Anlaufstellen für Betroffene sind unerlässlich für die Beratung. Daneben ist die Wohnungswirtschaft als Partner beim Thema Barrierefreiheit und bezahlbarer

Wohnraum unerlässlich. Es sind Wohnungsbaugesellschaften wie z. B. »Die Luckenwalder«, die barrierefreies Bauen bereits mitdenken. Hier gibt es auch eine Ausstellung, in der vor Ort ganz praktische Wohnungsgegenstände, u. a. eine begehbare Dusche, ein Treppenlift oder eine barrierefreie Küche besichtigt werden können.

Thema Pflege:

In Teltow-Fläming ist fast jede fünfte Person älter als 65 Jahre. Insgesamt leben im Landkreis ca. 40.000 Menschen, die 65 Jahre alt oder älter sind. Wir haben in Teltow-Fläming ca. 9.000 pflegebedürftige Menschen. Je älter, desto höher die Wahrscheinlichkeit, pflegebedürftig zu werden. Die meisten Pflegebedürftigen werden von ihren Angehörigen oder von ambulanten Pflegediensten versorgt. Es wird jedoch zunehmend schwieriger, Pflegesachleistungen in Anspruch zu nehmen, auch, weil Fachkräfte fehlen. Alternativen zur niedrigschwelligen Betreuung über Pflegedienste könnte die »Nachbarschaftshilfe« bieten, die ohne große bürokratische Hürden für den Entlastungsbetrag anerkannt werden sollte. Diesen Entlastungsbetrag können alle Personen, die mindestens einen Pflegegrad 1 haben, in Anspruch nehmen. Damit werden nicht nur ältere Pflegebedürftige angesprochen, sondern auch Menschen, die »noch keine Altersrentner« sind, einen Grad der Behinderung haben und auf Pflege angewiesen sind.

Das würde auch der Vereinsamung mancher alleinlebenden pflegebedürftigen Person entgegenwirken. Aber nicht nur Alleinlebende sind dieser Gefahr ausgesetzt. Die kürzlich vorgestellte COVID-Heim-Studie der Charité Universitätsmedizin Berlin, die gemeinsam mit dem GKV-Spitzenverband erstellt wurde, zeigt auf, dass viele Bewohner*innen vereinsamt oder verwirrt sind und mit sozialem Rückzug auf die Kontaktbeschränkungen reagiert haben. Hier einen angemessenen Mittelweg zwischen gesundheitlicher Sicherheit und seelischer Unversehrtheit der Bewohner*innen zu finden, wird nicht einfach sein.

Thema Medizinische Versorgung:

Die demografische Entwicklung macht auch vor ambulanten me-

dizinischen Versorgungsangeboten nicht halt. Immer mehr Arztpraxen erleben einen Generationenwechsel oder schließen. Viele Patienten*innen stehen dann vor der Herausforderung, eine neue Arztpraxis zu suchen, längere Anfahrtswege und längere Wartezeiten auf einen Termin in Kauf zu nehmen. Bei einigen Facharztbesuchen und Terminen zur Psychotherapie ist die Situation nicht erst seit kurzem eine Herausforderung.

Dazu kommt, dass viele Arztpraxen nicht barrierefrei erreichbar sind und somit mobilitätseingeschränkte Patienten*innen de facto keine freie Arztwahl haben.

Thema Mobilität:

Auch hier spielen wieder verschiedene Faktoren eine große Rolle. Wichtig wäre eine barrierefreie Mobilität, um auch beeinträchtigten Personen den öffentlichen Nahverkehr zugänglich zu machen. Hier ist der Landkreis zumindest mit der neu angeschafften Busflotte des VTF ein gutes Beispiel. Dazu gehört aber auch das barrierefreie Erreichen der Busse. Bisher gibt es einen großen Nachholbedarf von barrierefreien Haltestellen. Davon ist besonders der ländliche Bereich betroffen. Durch finanzielle Eigeninitiative und Förderprogramme konnten bereits einige Kommunen ihre Haltestellen barrierefrei gestalten.

Thema Inklusion:

Die UN-Behindertenrechtskonvention sagt die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft aller Menschen aus. Insbesondere Menschen mit Behinderungen sind oftmals bei vielen Entscheidungen und Angeboten außen vor. Sie und auch deren Angehörige müssen meist einen langen Weg über bürokratische Hürden nehmen, bevor sie zu ihrem Recht kommen.

In Deutschland wurde durch die Einführung des Bundesteilhabegesetzes das theoretische Fundament für mehr Teilhabe in allen Bereichen gelegt. Dennoch mangelt es immer noch an der Umsetzung. Auch hier spielt der Fachkräftemangel und die finanzielle Sicherung durch klare Zuständigkeiten der Leistungsträger eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Neben der Unterstützung von Angehörigen durch unbürokratische Hil-

fen sollte es mehr niedrigschwellige Angebote für Eltern insbesondere von minderjährigen Kindern mit Beeinträchtigungen geben. Auch die freie Wahl der Grundschule und der weiterführenden Schule über Ausbildung und Beschäftigung sollte für Menschen mit Behinderungen eine Selbstverständlichkeit sein.

Vielen Dank für diese Einblicke. Abschließend bitte noch ein Fazit und gern eine konkrete Bitte an den Kreistag als Entscheidungsgremium.

Durch die verschiedenen Richtlinien des Landkreises, die finanzielle Förderungen auch auf Landkreisebene möglich machen,

konnten bereits viele Projekte realisiert werden. Wichtig wären eine Verstärkung und Ausfinanzierung. Wohlwissend, dass es sich um freiwillige Leistungen handelt, sollten sich die Mitglieder des Kreistages weiterhin für die soziale Gerechtigkeit aller Einwohner*innen des Landkreises

im Zeichen unseres Leitbildes einsetzen.

Danke für das Gespräch. Sie haben uns an Ihrer Seite, versprochen.

Maritta Böttcher, Jüterbog, Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

LUCKENWALDE

FRAKTION DIE LINKE/BAUERNVERBAND STELLT SICH NEU AUF



Zur Halbzeit der Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung (SVV) Luckenwalde hat sich unsere Fraktion DIE LINKE/Bauernverband neu aufgestellt. Auf einer Klausurberatung der Fraktion wurde Manfred Thier als langjähriges SVV-Mitglied verabschiedet. Er hatte Ende September sein Mandat niedergelegt. Wir danken Manfred

Thier für sein jahrzehntelanges Engagement in der Stadtpolitik, welches annähernd ein Vierteljahrhundert am Stück andauerte. Nachgerückt ist Hans-Jürgen Akuloff. Turnusgemäß stand zur Halbzeit der Wahlperiode auch die Neuwahl des Fraktionsvorstandes an. Felix Thier, seit 2014 Stadtverordneter, wurde auf der Klausur am 5. No-

vember einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Erik Scheidler als bisheriger Vorsitzender trat nicht erneut an. Er betonte, dass er großes Vertrauen in Felix Thier habe und die Fraktion bei ihm, auch dank dessen langjähriger kommunalpolitischen Erfahrung, in guten Händen sehe.

Felix Thier wiederum bedankte sich bei Erik Scheidler für dessen verantwortungsvolle Arbeit, die auch über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg Anerkennung gefunden habe. Erik Scheidler habe große Fußspuren hinterlassen. Felix Thier zeigte sich jedoch froh, dass Erik Scheidler ihm in der Fraktion weiter mit Rat und Tat zur Seite stehen werde.

Den Fraktionsvorstand komplettieren Martin Zeiler und Hans-Jürgen Akuloff als stellvertretende Vorsitzende. Wir sorgen mit diesen Personalentscheidungen zum einen für Kontinuität, zum anderen wird aber auch ein Signal der Verjüngung gesetzt – und das insbesondere mit Blick auf die Kommunalwahl 2024.

Die Fraktion sieht für die zweite Hälfte der Wahlperiode ihre Aufgaben insbesondere in Richtung Krisenbewältigung und damit einhergehend die Sicherstellung eines soliden und zukunftsfesten Haushaltes der Stadt. Auf neue und leider auch unvorhergesehene Entwicklungen muss mit Verantwortung und Weitsicht reagiert werden. Hierfür setzt die Fraktion weiter auf das konstruktive Miteinander mit den anderen Fraktionen und der Stadtverwaltung. Wir bringen uns selbstverständlich konstruktiv in die Stadtpolitik ein. Unsere Zustimmung zu Beschlussvorlagen ist aber keine Selbstverständlichkeit. Daher setzen wir weiter auf den gemeinsamen Austausch und Dialog mit allen demokratischen Kräften der Stadt. Unser Wahlprogramm zur letzten Kommunalwahl gibt nach wie vor die Richtung vor: »Wir für alle. Ein Leben ohne Armut. Solidarisch Miteinander.«

Felix Thier, Fraktionsvorsitzender

GEMEINDE NIEDERER FLÄMING

FÜNF JAHRE IM AMT DAHME/MARK

Eine Entscheidung, die heute so wahrscheinlich nicht mehr gefallen wäre.

Beide, das Amt Dahme/Mark und die Gemeinde Niederer Fläming, reden nur das Notwendigste miteinander.

Und selbst das kommt hier kaum an. Ein Bürgermeister, der die Gemeinde mit seinen Gemeindevertreter*innen voranbringen will, bekommt für seine Arbeit kaum Informationen, meistens aus der Zeitung. In der Gemeinde Niederer

Fläming gibt es seit vielen Jahren, obwohl von den Gemeindevertreter*innen immer wieder angesprochen, so viele »Baustellen«, wo sich nichts oder nur wenig tut. Gegenseitige Schuldzuweisungen, Blockade von Beschlüssen und Anträgen sowie Titulierung von »Lügner« an den Bürgermeister und die Gemeindevertreter*innen, sind keine gute Ausgangslage der Besserung, nachdem das Abwahlverfahren gegen den Amtsdirektor durch »umdrehen« einiger Mitglieder

des Amtsausschusses hinfällig war. Besserung war von Beiden gewollt, da von Beiden Fehler gemacht wurden und werden. Aber mit der öffentlichen »Lügner«-Bezeichnung ging es nicht mehr. Solange dieser Begriff nicht öffentlich zurückgenommen ist, wird eine vernünftige Zusammenarbeit sehr schwierig werden. Wir müssen aber im Interesse der Gemeinde Niederer Fläming und unserer Wählerinnen und Wähler reden, aber miteinander.

Gleichberechtigt, wie alle anderen Gemeinden des Amtes Dahme/Mark, auf gleicher Augenhöhe, das wäre schon ein guter Anfang. Ein erster Schritt wäre eine kleine Gesprächsrunde mit je zwei bis drei Mitgliedern und als Moderator ein vollkommen Unabhängiger. Es muss nur gewollt sein. Wir müssen miteinander reden.

Reinhard Siebert, Gemeindevertreter und Ortsvorsteher in Schlenzer

JAGDJAHR, WOLF UND BIBER – EIN BLICK AUF DIE FAUNA UNSERES LANDKREISES



Eurasischer Wolf (*Canis lupus*); Foto: Wikipedia, User:Mas3cf, CC BY-SA 4.0

Auf der Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt (ALU) im November wurde das Jagdjahr 2021/2022 ausgewertet. Im Betrachtungszeitraum waren 910 Jägerinnen und Jäger im Landkreis aktiv, der Frauenanteil lag bei zehn Prozent, beide Zahlen sind ein Anstieg zum Vorjahr. Der Altersdurchschnitt der Jägerschaft lag bei 53 Jahren und im abgelaufenen Jagdjahr wurden 45 Jagdscheine erstmalig erteilt.

Mehr Jägerinnen und Jäger gleich mehr erlegtes Wild? Nein, die Zahlen der Jagdstrecke sind bei allen bejagten Wildarten in Teltow-Fläming, wie auch tendenziell im ganzen Land Brandenburg, gesunken: Rotwild -20 Prozent, Damwild -16 Prozent, Rehwild -8 Prozent, Schwarzwild -38 Prozent, Fuchs -20 Prozent, Dachs -30 Prozent, Waschbär -14 Prozent. Lediglich beim Niederwild, also Hase, Fasan, Stockente, Ringeltaube, gab es ein relativ stabiles Niveau im Vergleich zum vorherigen Jagdjahr. Über die

Wildarten hinweg annähernd gleich waren die Todesursachen: am häufigsten war es die Jagd, seltener vor kam Unfallwild (Autokollision, ...) und Fallwild (natürliche Todesursache wie Alter oder Erlegung durch Raubtier). Anzumerken ist, dass die Zahlen bei Unfallwild nur insoweit aussagefähig sind, wie Unfallwild überhaupt gemeldet wird. Und auch beim Fallwild kann nur erfasst werden, was gefunden und z. B. nicht komplett aufgefressen wurde.

Ein weiteres Thema im ALU war *Canis lupus*, der Wolf. Eine Mitarbeiterin des Landesamtes für Umwelt stellte die aktuellen Zahlen vor. Laut Statistik aus der Wolfsüberwachung gibt es in Brandenburg 47 Rudel und 14 Paare, in Teltow-Fläming wurden im Beobachtungsjahr 2021/2022 fünf Rudel und acht Welpen nachgewiesen. Insgesamt sei eine abflachende Kurve beim Populationswachstum in unseren Breiten festzustellen, so die Expertin. Im Süden Brandenburgs

seien die möglichen Wolfsreviere annähernd besetzt, lediglich im Norden des Landes gebe es noch freie Regionen.

Die Schadenszahlen sind gut dokumentiert: Im Jahr 2021 gab es in ganz Deutschland 975 Übergriffe, denen 3.374 Nutztiere zum Opfer fielen, davon in Brandenburg 234 Übergriffe an 919 Nutztieren, in Teltow-Fläming 24 Übergriffe mit 115 getöteten Nutztieren.

Primäre Beute des Wolfes sind gehaltene Schafe und Ziegen, gefolgt von Rinder(kälbern) und Gehegewild. Doch gegen den Wolf gibt es Schutzmaßnahmen! Der Erwerb bzw. die Installation von Schutzzäunen wird gefördert, 80-100 Prozent Förderung kann es hier geben, maximal jedoch 30.000 Euro pro Jahr. Auch Herdenschutzhunde werden zu 100 Prozent gefördert, inklusive deren Ausbildung. Und auch laufende Kosten, die zum Schutz vor dem Wolf anfallen, können abgedeckt werden - bis zu 450 Euro pro Antragsteller*in pro Jahr pro Hektar kann es geben. In der Vergangenheit (2015-2022) gingen daher allein in Brandenburg fast sechs Millionen Euro an Fördermitteln für Schutzmaßnahmen an die Bürger*innen. Im gleichen Zeit-

raum wurden fast 800.000 Euro an Ausgleichszahlungen für Nutztierschäden gezahlt. Und auch das darf man nicht vergessen: Der Wolf hat keinen Persilschein. Das Wolfsmanagement beinhaltet mittlerweile auch die Möglichkeit zum Eingriff, Wölfe dürfen getötet werden. So wurden bereits zwei an Räude erkrankte Tiere beseitigt, zweimal waren Problemwölfe zum Abschuss freigegeben und aktuell sei auch in unserem Landkreis ein Wolf zur Entnahme vorgesehen, so die Expertin resümierend.

Abschließend und in aller Kürze zum Biber. Im Landkreis sind aktuell drei Biberberater bestellt, denn im Jahr 2013 gab es in Teltow-Fläming 20 Biberreviere, im Jahr 2022 sind es 60. Ein erfreulicher Trend, ist der Biber schließlich ein Gütesiegel für intakte Natur bzw. Gewässer. Ein nicht zu unterschätzender Nebeneffekt von Biberansiedlungen ist übrigens das angestaute Wasser. Das kann, mit Blick auf immer längere Trocken- und Hitzeperioden, sehr relevant sein, um Wasser in der Fläche zu halten.

Felix Thier, Luckenwalde, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt

Die Fraktion DIE LINKE/Bauernverband in der Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde hat einen eigenen Newsletter herausgebracht: LUK live.

Nicht jede und jeder findet den Weg zu den Sitzungen des Stadtparlamentes und nimmt dort auf den Gästestühlen Platz. Daher soll LUK live ein Angebot sein, sich über das Geschehen in der Luckenwalder Stadtverordnetenversammlung und die jeweiligen Höhepunkte aus Sicht unserer Fraktion zu informieren.

Die Ausgaben finden Sie online hier:
<https://kurzelinks.de/gnxx>



Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Kreistag Teltow-Fläming · V. i. S. d. P.: Felix Thier · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 25. November 2022 · Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling Auflage: 1.700 · Dezember 2022, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.